

# Themenschwerpunkt „Liberalismus und Frieden“

*Eckart Conze*

## Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt

Gescheitert oder nicht: Die Pariser Konferenz und die aus ihr hervorgegangenen Vorortverträge waren der Versuch eines liberalen Friedens.<sup>1</sup> Im Rahmen einer Tagung, die sich mit dem Thema „Liberaler und Frieden“ beschäftigt, ist es daher geradezu unausweichlich, einen Blick auf den Friedensschluss nach dem Ersten Weltkrieg zu richten und damit auf den Versuch, nach dem Großen Krieg eine neue, eine stabile und friedliche internationale Ordnung zu schaffen. Ein liberaler, ein demokratischer Frieden war das Ziel der Friedensmacher von 1919 und 1920. Zugleich aber ist die Versailler Ordnung mit dem Verdikt des Scheiterns behaftet. Was sagt das über die Möglichkeiten eines liberalen oder eines demokratischen Friedens? Für die Versailler Ordnung gilt, dass wir ihr Scheitern nicht zuletzt erklären können aus den Erwartungen und Hoffnungen, die ganz unterschiedliche Akteure auf einen liberalen, einen demokratischen Frieden richteten, und aus der Enttäuschung darüber, dass diese Erwartungen und Hoffnungen sich nicht erfüllten, dass sie in vielen einzelnen Fällen Illusionen blieben, in der Summe am Ende eine große Illusion.<sup>2</sup>

- 1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine geringfügig überarbeitete und mit den notwendigen Nachweisen versehene Fassung meines öffentlichen Abendvortrags in Jena am 30.10.2018. Der Vortragsduktus wurde weitgehend beibehalten.
- 2 Der Titel des Beitrags verweist auf das 2018 erschienene Buch des Autors zum Thema: Eckart Conze: *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*. München 2018. Dort werden die hier angesprochenen Fragen intensiv und ausführlich behandelt. Anlässlich der 100. Wiederkehr von Pariser Konferenz und Versailler Vertrag sind verschiedene neue Gesamtdarstellungen zum Thema erschienen, darunter Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*. München 2018, oder Klaus Schwabe: *Versailles. Das Wagnis eines demokratischen Friedens 1918-1923*. Paderborn 2019, sowie auch, obwohl der Titel das nicht erahnen lässt, Marcus M. Payk: *Frieden durch Recht? Der Aufstieg des modernen Völkerrechts und der Friedensschluss von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg*. Berlin 2018. Stärker konzentriert auf Deutschland und den deutschen Umgang

# I.

Um das zu demonstrieren, muss man nicht in Paris oder Berlin beginnen, auch nicht in London oder Washington, sondern man kann den Blick auf Peking richten. Dort nämlich, in der chinesischen Hauptstadt, versammelten sich am 4. Mai 1919 Hunderte meist junger Chinesen vor dem Tor des Himmlischen Friedens und formierten sich zu einem Demonstrationzug durch das Regierungsviertel und vor die Botschaften der westlichen Mächte. Zunächst noch gewaltfrei, kam es rasch zu Ausschreitungen: Botschaftsgebäude wurden mit Steinen und Brandsätzen beworfen, westliche Diplomaten angegriffen. Und der Protest blieb nicht auf Peking beschränkt, sondern verbreitete sich über das ganze Land. Chinesen in Europa und Nordamerika, Studenten allen voran, nahmen ihn auf. Westliche Medien berichteten ausführlich, auch über die Transparente, die die Demonstranten mit sich trugen: „Gebt uns Qingdao zurück!“, „Boykottiert japanische Waren!“, „Beschützt unser Land!“, „China den Chinesen!“ oder „Nieder mit den Verrätern!“, war auf ihnen zu lesen.<sup>3</sup>

Was war geschehen? Wenige Tage zuvor, Ende April 1919, hatte der Oberste Rat der Pariser Friedenskonferenz, dem die USA, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan angehörten, beschlossen, die chinesische Halbinsel Shandong, das Gebiet um das ehemals deutsche Pachtgebiet Kiautschou und ihr fruchtbares, am Gelben Fluss gelegenes Hinterland, nicht an China zurückzugeben, sondern es unter japanische Herrschaft zu stellen. Ein Aufschrei der Enttäuschung und der Wut war die Folge. Insbesondere gegen den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der in China vor 1919 wie ein Heiliger verehrt worden war, richteten sich nun der Zorn und die Frustration der Chinesen. Auf einem Flugblatt der Studentenunion Shanghai war zu lesen: „Wir warteten auf den Tagesanbruch dieses neuen Messias. Aber für China ging die Sonne nicht auf. Stattdessen wurde uns die Wiege unserer Nation geraubt.“

Eine Illusion war zerstört – wahrlich nicht die einzige auf der Pariser Konferenz. Und die Folgen waren gewaltig. Denn der breite, schichtenübergreifende nationale Protest, der sich binnen weniger Tage in China formierte, richtete sich nicht nur gegen die Shandong-Entscheidung, sondern gegen die Politik des Westens ganz allgemein. Wieder war das Land, so sah man es in China, gedemütigt worden, ganz in der Kontinuität der imperialistischen Politik des 19. Jahrhunderts. Gedemütigt von Japan, gedemütigt vor allem aber vom Westen, ohne den Tokio sich in Paris nicht hätte durchsetzen können.

mit Kriegsniederlage und Friedensschluss Gerd Krumeich: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg 2018.

3 Vgl. Kai Vogelsang: Geschichte Chinas, Stuttgart 2012, S. 508; Michael Dillon: China. A Modern History. London 2010, S. 177 f, dort auch die Zitate.

Dagegen wollte man sich wehren. Der chinesische Student, der sich später erinnerte, stand nicht allein: „Als uns die Nachrichten von der Pariser Konferenz erreichten“, so schrieb er, „waren wir geradezu schockiert. Uns wurde bewusst, dass die ausländischen Mächte immer noch selbstsüchtig und militaristisch waren und dass sie alle große Lügner waren. Wenige von uns schliefen am Abend des 2. Mai, und mit meinen Freunden diskutierte ich die ganze Nacht. Wir kamen zu dem Ergebnis, dass ... wir uns nicht länger abhängig machen dürften von den Prinzipien irgendeines sogenannten großen Führers wie Woodrow Wilson ... Es gab keine andere Möglichkeit: Wir mussten den Kampf aufnehmen.“<sup>4</sup>

Der Protest verebte nicht. Aus ihm entstand über regionale, kulturelle und soziale Grenzen hinweg eine nationale Bewegung, ein reaktiver, gegen den Westen gerichteter chinesischer Nationalismus. Trotz ihrer Politik in China waren die westlichen Nationen dort lange Zeit ein Vorbild gewesen; am Westen hatte man sich orientiert: politisch, sozial und kulturell. Das war nun kaum noch möglich. Im Frühjahr 1919, mit dem chinesische Historiker die Zeitgeschichte Chinas beginnen lassen, erfuhr die Idee einer westlich-kapitalistischen Moderne in China einen Sinnverlust, der nicht zu kompensieren war.<sup>5</sup> Und zu den Folgen des Mai 1919 gehört – geboren aus Enttäuschung über den imperialistischen westlichen Kapitalismus und seine Machtpolitik – auch der Aufstieg des Kommunismus in China. In Shanghai gründete sich, unterstützt von Beratern der Moskauer Komintern, im Juni 1921 die Kommunistische Partei Chinas, der sich auch die Studenten Zhou Enlai und Deng Xiaoping anschlossen.<sup>6</sup> Für den jungen Mao, damals 25 Jahre alt, reichte die Bedeutung der Ereignisse von 1919 weit über China hinaus: „Indien“, so schrieb er, „war zwar in Paris durch einen Clown mit flammend rotem Turban vertreten [gemeint war der indische Maharadscha von Bikaner, der zur Delegation des Britischen Empire gehörte, E. C.], aber die Forderungen des indischen Volkes wurden nicht berücksichtigt.“ Korea, so Mao, hatte zwar den Verlust seiner Unabhängigkeit – durch Japan – zu beklagen, „aber es wurde von der Friedenskonferenz schlicht ignoriert. So viel zum Thema Selbstbestimmungsrecht der Völker!“<sup>7</sup>

Was hier am Beispiel Chinas geschildert wurde, das ließe sich als Thema mit Variationen über Korea, Indochina, Indien, den Nahen und Mittleren Os-

4 Vgl. Erez Manela: *The Wilsonian Moment. Self-determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*. Oxford 2007, S. 186 f, dort auch das Zitat.

5 Vgl. Sabine Dabringhaus: *Geschichte Chinas 1279-1949*. Berlin 2015, S. 66; Vogelsang: *Geschichte Chinas* (wie Anm. 3), S. 508 f.

6 Vgl. ebd., S. 512 f.

7 Zit. nach: Manela: *Wilsonian Moment* (wie Anm. 4), S. 194.

ten und über Afrika erzählen.<sup>8</sup> Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das angeblich und insbesondere nach den Ankündigungen des amerikanischen Präsidenten die Neuordnung der Welt leiten sollte, konnte in Paris keine Rede sein. Stattdessen bestimmten traditionelle Großmachtinteressen, imperialistische Ambitionen und – immer wieder – ein unverhüllter Rassismus die Verhandlungen und Entscheidungen.

Und das ist nicht nur historisch wichtig, sondern es wirkt sich noch 100 Jahre später aus. Die tiefe Demütigung, die China 1919 erfuhr, hat sich in das kollektive Gedächtnis der Chinesen eingegraben. In den politischen Spannungen, die heute im Fernen Osten den Aufstieg Chinas zur globalen Supermacht begleiten, tritt das immer wieder zutage. Die historischen Ereignisse erklären zwar nicht die gegenwärtigen Konfliktdynamiken, die primär eine Folge des chinesischen Macht- und Hegemonialanspruchs sind, aber sie wirken bis heute auf das politische Bewusstsein in China ein, wo sie nicht vergessen sind und geschichtspolitisch abgerufen und instrumentalisiert werden können. Das heutige chinesische Selbstbewusstsein speist sich auch, ja es wird gleichsam kompensatorisch verstärkt durch die Demütigungen, die China von Seiten Japans, aber auch des Westens erfahren hat. Paris 1919 gehört zu diesen Demütigungen.

Der Umgang der Großmächte mit China und seine Folgen verweisen aber auch auf die Globalität der Ereignisse. Dem Ersten Weltkrieg als globalem Krieg folgte ein globaler Friedensschluss. Das machte die Pariser Konferenz zu einem welthistorischen Moment im wahrsten Sinne des Wortes und das Paris jener Monate zur Hauptstadt der Welt. „Fragen, die umgrenzt blieben, weil sie auf einen Punkt begrenzt waren, gibt es nicht mehr“, schrieb der französische Philosoph und Dichter Paul Valéry wenige Jahre später.<sup>9</sup> Paris war der Ort, die Pariser Konferenz Ausdruck einer globalen Konnektivität. Alles hing irgendwie mit allem zusammen, alles konnte mit allem in Beziehung gebracht werden. Globale Interaktionen und Interdependenzen bestimmten die Pariser Verhandlungen und das Denken und Handeln der Pariser Akteure, ganz gleich ob sie nun den offiziellen Delegationen angehörten oder ob sie gleichsam von außen mit ihren Zielen und Interessen auf die Beratungen und Entscheidungen Einfluss zu nehmen versuchten – meistens ohne Erfolg, wenn auch nicht ohne Wirkung.

Globalität konstituierte aber keinen einheitlichen, keinen geschlossenen Handlungszusammenhang und auch kein einheitliches Handlungsbewusstsein der Akteure, sondern sie war vielfältig und differenziert. Partikulare,

8 In dieser Perspektive neben Manela: *Wilsonian Moment* (wie Anm. 4) auch Michael Goebel: *Anti-imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*. New York 2015.

9 Paul Valéry: *Über Geschichte* (1927). In: Ders.: *Werke*, Bd. 7: *Zur Zeitgeschichte und Politik*. Frankfurt a.M. 1995, S. 173-176, hier S. 173.

oftmals lokale Interessen und Befindlichkeiten, die sich aus kleinräumigen Konstellationen und Problemen ergaben, wirkten auf sie ein. Ebenso gehörten unübersichtbare Effekte, Unkenntnis und Ungewissheit über die Zusammenhänge von Ursache und Wirkung zu den Folgen dieser Globalität. Auch daraus resultierte die enorme Komplexität der Pariser Verhandlungen, und in der Retrospektive wird klar, dass diese komplexe Globalität zur Überforderung der Konferenz sowie zur Widersprüchlichkeit und Inkohärenz ihrer Beschlüsse entscheidend beitrug. Das war keine gute Voraussetzung für die Akzeptanz des Friedensschlusses und die Zufriedenheit mit seinen Ergebnissen.

Die internationale Ordnung, die in Paris 1919 Gestalt annahm, war von den Machtinteressen der Siegermächte bestimmt, allen voran Großbritanniens, Frankreichs und der USA. Das hatte Folgen weit über Europa hinaus und trug zur Entstehung von Spannungen und globalen Krisenherden bei, die auch hundert Jahre nach der Pariser Konferenz nicht beseitigt sind. Nicht wenige der regionalen Konflikte, die die internationale Politik im beginnenden 21. Jahrhundert beschäftigen, reichen zurück bis in die Jahre um 1919 und zu den Pariser Verhandlungen und lassen sich – direkt oder indirekt – mit den dort getroffenen Entscheidungen der Großmächte in Verbindung bringen. Von China war schon die Rede.

In Europa gehören dazu die Kriege und Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien, die nach dem Ende des Kalten Kriegs mit brutaler, zum Teil genozidaler Gewalt geführt wurden. Mit Jugoslawien zerfiel nach 1990 ein Staat, der Ende 1918 als Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gegründet worden war und der von Anfang an von nationalen Spannungen geprägt war. Die Bürger Jugoslawiens hatten im Krieg auf verschiedenen Seiten gestanden und gekämpft, verfügten über völlig unterschiedliche historische Erfahrungen und kulturelle Prägungen, und so waren gegenseitiges Misstrauen und Ressentiments groß. Das zeigte sich in der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Nach 1945 hielt nur die autoritäre kommunistische Herrschaft Titos den föderativen Staat zusammen, seit seinem Tod 1980 verstärkten sich die Spannungen zwischen den Teilrepubliken, und nach 1990 führten die Dynamiken der Renationalisierung zur Auflösung der jugoslawischen Republik und zu den damit verbundenen Zerfallskriegen.

Auch der Nahostkonflikt, in dessen Zentrum die Anerkennung des Staates Israel steht sowie die Suche nach einer politischen Ordnung, die israelischen und arabischen Interessen gerecht wird, reicht bekanntlich bis in die Schlussphase des Ersten Weltkriegs und die Zeit der Pariser Konferenz zurück. Zwar wurde der Staat Israel erst 1948 gegründet, doch war die Frage eines jüdischen Staates in Palästina spätestens seit der Balfour-Deklaration von 1917 ein Thema der internationalen Politik, so dass die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens nach dem Ende der osmanischen Herrschaft auch aus dieser Perspektive betrachtet wurde. Entgegen den Versprechungen und

Zusagen aus den Kriegsjahren, als Großbritannien den arabischen Nationalismus und das arabische Unabhängigkeitsstreben in der Auseinandersetzung mit dem Osmanischen Reich mobilisierte, brachte die Pariser Konferenz den Arabern nicht die erhoffte Unabhängigkeit, sondern über das Mandatssystem des Völkerbunds die Integration in das britische – und französische – Kolonialreich.<sup>10</sup>

Zugleich bestätigten der Friedensvertrag von Sèvres mit der Türkei und die Mandatsbestimmungen des Völkerbunds für Palästina die Balfour-Deklaration von 1917, wodurch die Aussicht auf einen jüdischen Staat und die verweigerte arabische Unabhängigkeit in einen Wahrnehmungs- und Wirkungszusammenhang gebracht wurden, der eine Anerkennung des 1948 gegründeten Staates Israel von arabischer Seite ausschloss und in der Folge zur Verschärfung des arabisch-israelischen Konflikts entscheidend beitrug.

Im Neo-Osmanismus der Gegenwart wiederum, wie ihn nicht zuletzt der türkische Staatspräsident Erdoğan vertritt, begegnen uns türkische Hegemonialambitionen, die sich nicht nur auf den Nahen und Mittleren Osten beziehen, sondern bis ins ehemals sowjetische Zentralasien reichen. Darüber hinaus hat die gegenwärtige Erinnerung an die osmanisch-imperiale Vergangenheit in der heutigen Türkei eine innenpolitische und gesellschaftsstabilisierende Funktion.<sup>11</sup>

Auch bei der Auflösung des Osmanischen Reiches offenbarte sich über den Nahen und Mittleren Osten hinaus eine tiefe Spannung zwischen dem Prinzip nationaler Selbstbestimmung und den Realitäten – und Kontinuitäten – imperialer Herrschaft. 1919 bedeutete eben nicht das Ende imperialer Beherrschung. Im Gegenteil: Die – kolonialen – Imperien der Sieger blieben erhalten und erreichten erst durch die Friedensverträge und das Mandatssystem des Völkerbunds ihre größte Ausdehnung.<sup>12</sup> Die internationale Ordnung, deren Grundlage in Paris geschaffen wurde, war alles andere als antiimperial. Das wird auch durch die Auflösung des deutschen Kolonialreichs bestätigt, dessen Territorien, ob in Afrika oder im asiatisch-pazifischen Raum, keine staatliche Unabhängigkeit erlangten, sondern entweder als Mandatsgebiete de facto dem britischen oder französischen Imperium zufielen oder un-

10 S. hierzu u. a. James Barr: *A Line in the Sand. Britain, France and the Struggle for the Mastery of the Middle East*. London 2011; David Fromkin: *A Peace to End All Peace. The Fall of the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East*. New York 2009; Jan Erik Zürcher: *Sykes-Picot-Abkommen*. In: *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, hrsg. von Gerhard Hirschfeld u. a. Paderborn 2009, S. 916; Susan Pedersen: *The Guardians. The League of Nations and the Crisis of Empire*. Oxford 2015.

11 Vgl. hierzu beispielsweise Christiane Schlötzer: *Erdogan und die Grenzen seines Herzens*. In: <https://www.sueddeutsche.de/politik/territorialtraeume-der-tuerkei-erdoan-und-die-grenzen-seines-herzens-1.3231628> (letzter Zugriff: 9.3.2019).

12 Vgl. vor allem mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten Cyrus Schayegh/Andrew Arsan (Hrsg.): *The Routledge Handbook of the History of the Middle East Mandates*. London/New York 2015.

ter die Kontrolle britischer Dominions wie Australien und Neuseeland kamen.

Dass die Pariser Konferenz das System imperialer Herrschaft bestätigte, ja ausbaute, stärkte die antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen, die von den Pariser Entscheidungen bitter enttäuscht wurden, aber aus dieser Enttäuschung neue Kraft schöpften und sich nun erst recht in ihren Zielen und in der Legitimität ihres Handelns bestätigt sahen. Antikolonialismus und Anti-imperialismus erstarkten vor diesem Hintergrund und reichten bald tief in die kolonialen Metropolgesellschaften hinein. Damit wurde der koloniale Imperialismus im Moment seiner größten Ausdehnung massiver in Frage gestellt als jemals zuvor. Die Unabhängigkeitsbewegungen des globalen Südens, die sich im Umfeld und in der Folge der Pariser Konferenz formierten, trugen dazu bei, dass die Dekolonialisierung seit 1919 nicht mehr von der weltpolitischen Tagesordnung verschwand. Nicht wenige ihrer Führungsfiguren zur Zeit der Pariser Konferenz begegnen uns nach dem Zweiten Weltkrieg wieder, als die Stunde der europäischen Kolonialreiche endgültig geschlagen hatte. Der Vietnameser Ho Chi Minh, wie er sich später nannte, ist dafür das vielleicht prominenteste Beispiel.<sup>13</sup>

## II.

Nicht nur in außereuropäischer Perspektive jedoch gehörten Enttäuschung und Desillusionierung zu den Folgen des Friedensschlusses, sondern auch mit Blick auf Europa. Auch für die Europäer, nicht nur für die Deutschen, nicht nur für die Verlierer des Weltkriegs, war Paris der Ort einer großen Illusion. Es war die Illusion, nach viereinhalb Jahren eines schrecklichen Krieges endlich Frieden schaffen zu können, dauerhaften Frieden. Nach viereinhalb Jahren eines Krieges, auf dessen Schlachtfeldern und in ihren Heimatländern Millionen von Menschen ihr Leben gelassen hatten und der weitere Millionen verwundet an Leib und Seele zurückließ. Warum blieb das eine Illusion? Warum gelang es in Paris nicht, aus Hass, Gewalt und Zerstörung Versöhnung und Frieden zu schaffen?

Die wohl wichtigste Antwort liegt in der Erfahrung des Krieges selbst. Es war das eine, aus den Grauen des Krieges abstrakt und theoretisch den Imperativ des Friedens zu entwickeln. Kriegsmüdigkeit, Erschöpfung und unermessliches Leid ließen die Menschen, Soldaten wie Zivilisten, je länger der Krieg dauerte desto stärker sein Ende herbeisehnen. Aber es war etwas ande-

13 S. Manela: *Wilsonian Moment* (wie Anm. 4), S. 3 f. oder Mark Philip Bradley: *Imagining Vietnam and America. The Making of Postcolonial Vietnam, 1919-1950*. Chapel Hill 2000, S. 10 f.

res, auf diesen Erfahrungen und Sehnsüchten einen Frieden zu errichten, der mehr war als ein Waffenstillstand, mehr als ein Ende der Kampfhandlungen. Wie sollte angesichts dieser Dimensionen von Gewalt und Leid echte Versöhnung möglich sein? Wie sollte man aus dem Krieg herauskommen, nicht nur die Waffen zum Schweigen bringen, sondern den mentalen Kriegszustand beenden, die „Demobilmachung der Geister“ erreichen, von der der Historiker Friedrich Meinecke schon 1917 gesprochen hatte?<sup>14</sup>

Diese Frage stellte sich nicht nur, aber doch in ganz besonderer Weise für Frankreich und Deutschland, für Franzosen und Deutsche. Als die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 den Spiegelsaal von Versailles betrat, war dort auf Geheiß Clemenceaus eine Gruppe schwer gesichtsverletzter französischer Soldaten aufgestellt – mit entsetzlichen Verwundungen. Diese „gueules cassées“, wie man sie nannte, sie standen nicht für Versöhnung. Sie sollten es nicht, und sie konnten es auch nicht. In den nationalen Gesellschaften, in denen über Jahre hinweg systematisch der Hass auf den Kriegsgegner geschürt worden war, bei den Mittelmächten ebenso wie auf Seiten der Entente, blieb Versöhnung noch über viele Jahre eine Illusion. Nicht die Stunde der Versöhnung war 1919 gekommen, sondern die Stunde der Revanche und, vor allem, der Rechtfertigung der Opfer, nach der die aufgepeitschten Öfentlichkeiten in den Siegerstaaten nun verlangten.<sup>15</sup>

Und die Besiegten? Sie hätten sich, wären sie die Sieger gewesen, nicht anders verhalten. Man denke an den deutschen Separatfrieden von Brest-Litowsk aus dem März 1918. Doch nun vermochten die Verlierer in den Forderungen der Siegerseite nichts Anderes zu erkennen als eine Fortsetzung und Bestätigung hasserfüllter Feindschaft. Vom „Vernichtungsfrieden“ sprach 1919 selbst der Pazifist Kurt Tucholsky und warnte vor einem neuen Krieg „nach abermals zwanzig Jahren“.<sup>16</sup>

Dass Paris eine „Tragödie der Enttäuschung“ werden könnte, hatte Präsident Wilson schon vor Beginn der Konferenz befürchtet,<sup>17</sup> zugleich aber mit seinen Ankündigungen und Versprechungen dazu entscheidend beigetragen, ganz besonders mit dem Imperativ des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Während des Krieges hatten beide Seiten versucht, das Recht auf nationale Selbstbestimmung als Waffe im Kampf einzusetzen: Deutschland in Ostmitteleuropa genauso wie die Alliierten beispielsweise im Nahen Osten. Zauberberlingsgleich jedoch wurde man der Kräfte, die man beschworen hatte,

14 Friedrich Meinecke: Demobilmachung der Geister (1917). In: ders.: Werke, Bd. 2: Politische Schriften und Reden. Hrsg. von Georg Kotowski. Darmstadt 1958, S. 195-200.

15 Zu den „Gueules cassées“ s. Stéphane Audoin-Rouzeau: Die Delegation der „gueules cassées“ in Versailles am 28. Juni 1919. In: Gerd Krumeich (Hrsg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung. Essen 2001, S. 280-287, oder Sophie Delaporte: Les gueules cassées. Les blessés de la face de la Grande Guerre. Paris 1996.

16 Theobald Tiger (Kurt Tucholsky): Gedicht „Krieg dem Kriege“. In: Ulk, 13.6.1919.

17 Vgl. George Creel: The War, the World, and Wilson. New York 1920, S. 163.

nicht Herr – oder nur mit brutaler Gewalt. Und insbesondere in Ostmittel- und Südosteuropa offenbarte sich, dass sich stabile Staaten und eine haltbare Ordnung auf dem Grundsatz nationaler Selbstbestimmung kaum errichten ließen.

Und was meinte eigentlich „Selbstbestimmung“? Nicht einmal im engsten Umfeld Wilsons wusste man das. „Wenn der Präsident von Selbstbestimmung spricht“, fragte sich sein Außenminister Robert Lansing, „was für eine Einheit hat er dann im Kopf? Meint er eine Ethnie, meint er ein territoriales Gebiet oder meint er eine Gemeinschaft?“<sup>18</sup> Ganz abgesehen davon, dass innerhalb, vor allem aber außerhalb Europas Millionen von Menschen das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wurde, war die Vorstellung, dass Demokratie und Nationalisierung den Frieden in Europa und der Welt sicherer machen würden, eine der großen Illusionen von 1919.

„Nun wird – wenn die Ermattungsepoche vorbei sein wird – der Friede diskreditiert sein, nicht der Krieg.“ Max Weber, der Soziologe, der im Mai 1919 einige Tage in Versailles verbracht hatte, an die er sich nicht gern erinnerte, sollte Recht behalten mit seiner Einschätzung.<sup>19</sup> Weithin galt der Versailler Vertrag als ein schlechter Vertrag, und ein echter Frieden, so sahen es gerade in Deutschland und Frankreich sehr viele, konnte auf dieser Grundlage nicht entstehen.

Aber war der Vertrag, wenn man ihn aus seiner Zeit – nicht nur von 1939 her – betrachtet, wirklich so schlecht, war er der Schlussstein eines gescheiterten Friedens? Gewiss: Die emotional so aufgeladene Wahrnehmung des Friedensschlusses und seines Zustandekommens hat in den Jahren nach 1919 vielen Zeitgenossen den Blick auf die Möglichkeiten versperrt, die der Vertrag bot. Zu ihnen gehörte der nationalkonservative Historiker Gerhard Ritter, 1888 geboren, Offizier im Ersten Weltkrieg und 1919 ein scharfer Kritiker des Vertrags. Über drei Jahrzehnte später allerdings, 1951, nun freilich angesichts der Erfahrung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs, sah Ritter die Dinge anders: „Für eine kluge, besonnene und geduldige deutsche Politik, die für unseren Staat nichts anderes erstrebte, als ihn zur friedenssichernden Mitte Europas zu machen, eröffneten sich – auf lange Sicht gesehen – die besten Chancen.“<sup>20</sup>

18 Robert Lansing: *The Peace Negotiations. A Personal Narrative*. Boston/New York 1921, S. 97 f.

19 Max Weber: *Politik als Beruf* (Oktober 1919). In: ders.: *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von Johannes Winckelmann. 5. Aufl. Stuttgart 1988, S. 505-560, hier S. 551.

20 Gerhard Ritter: *Der Versailler Vertrag von 1919*. In: Paul Schneider (Hrsg.): *Gratias Agimus*. Festschrift alter Schüler zum 100-jährigen Jubiläum des Evangelischen Stiftsgymnasiums zu Gütersloh. Gütersloh 1951, S. 102-109, hier 108 f.; vgl. auch Christoph Cornelißen: „Schuld am Weltfrieden“. Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag 1919-1933. In: Krumeich (Hrsg.): *Versailles 1919* (wie Anm. 15), S. 237-258, sowie ders.: *Die Frontgeneration deutscher Historiker und der Erste*

In der Tat enthielt der Vertrag für das Deutsche Reich und für eine friedliche internationale Ordnung Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Das meint nicht nur, dass es hätte schlimmer kommen können, auch wenn das sicherlich mit Blick auf die französische Rheinpolitik oder die astronomischen Reparationsvorstellungen Großbritanniens zutrifft. Der Versailler Vertrag war zweifellos ein Diktatfrieden, die Deutschen hatten bei seiner Ausgestaltung keinerlei Mitspracherecht. Aber er war kein „karthagischer Frieden“, wie es mit dem von Jan Smuts, dem Vertreter Südafrikas in Paris, und von John Maynard Keynes, dem britischen Ökonomen, geprägten Begriff immer wieder hieß. Karthago wurde in drei Kriegen vollständig zerstört, der punische Staat existierte danach nicht mehr. Davon konnte mit Blick auf Deutschland 1919 keine Rede sein. Zwar verlor das Deutsche Reich fast ein Siebtel seines Staatsgebiets (ohne die Kolonien) und etwa zehn Prozent seiner Bevölkerung, zwar büßte es rund 15 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion, ein Drittel seiner Kohlevorkommen und mehr als die Hälfte seiner Eisenerzvorkommen ein und wurde durch die unmittelbar festgelegten Reparationsleistungen wirtschaftlich extrem geschwächt. Aber es blieb nicht nur als Staat, sondern als europäische Macht – ganz anders als 1945 – erhalten.

Das Reich war nach wie vor eine potentielle Großmacht. Es konnte sich kooperativ wie konfrontativ durchaus wieder entfalten. So extrem der Vertrag 1919 wirken mochte, er enthielt doch Entwicklungsmöglichkeiten. Als Instrument internationaler Politik war er durchaus flexibel. Das zeigt sich beispielsweise an der offen gehaltenen Reparationsfrage. Diese demonstriert allerdings auch, dass Entwicklungsfähigkeit und Flexibilität sich nicht nur zu deutschen Gunsten auswirken mussten. Sowohl eine konfrontative, harte Reparationspolitik war denkbar und wurde phasenweise auch betrieben als auch eine kooperative, um Verständigung bemühte. Der Staatsrechtler Carl Schmitt hat gerade diese Offenheit in den 1920er Jahren scharf kritisiert und den Siegermächten die „systematische Unbestimmtheit“ des Vertrags vorgeworfen, die kein anderes Ziel habe, als ein letztlich permanentes Interventionsrecht der Alliierten zu begründen.<sup>21</sup> Für nicht wenige waren wie für Schmitt der Versailler Vertrag und der durch ihn begründete Friedenszustand eine Fortsetzung des Krieges nach dem Krieg.

Davon war auch Max Weber überzeugt. Ihm schien klar: „Nun kommt ja erst die Schikane, da ja die Bedingungen *nicht* erfüllt werden, eine lange Reihe von ewigen Demütigungen und Quälereien – darin sind die Franzosen

Weltkrieg. In: Jost Dülffer/Gerd Krumeich (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918. Essen 2002, S. 311-337.

- 21 Carl Schmitt: Die Rheinlande als Objekt internationaler Politik (1925). In: Ders.: Positionen und Begriffe. Im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles, 1923-1939. Hamburg 1940, S.- 29-37, hier S. 33.

Meister.“<sup>22</sup> Feinde blieben Feinde auch im Sprachgebrauch – auf allen Seiten. Carl Schmitt und Max Weber und mit ihnen viele ihrer Landsleute unterstellten den Alliierten in der Konzeption des Vertrags und seiner Bestimmungen eine zielgerichtete Systematik und Stringenz, die es in Paris aber gar nicht gab. Die Offenheit des Vertrags an vielen Stellen, ganz besonders in der Reparationsfrage, war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen unterschiedlichen Positionen und Interessen. Keiner der Großen Vier war mit dem Ziel in die Verhandlungen gegangen, die Reparationssumme bewusst offen zu lassen. Daraus ergaben sich in den Folgejahren Handlungsräume. Allerdings sorgte die Offenheit gerade in der Reparationsfrage auch dafür, dass das Thema nie zur Ruhe kam, dass es bis zur Einstellung der Zahlungen 1932 ein ständiger Streitpunkt in der internationalen Politik und den Finanzbeziehungen war.

Gerade für die deutsche Politik ergaben sich aus Offenheit und Flexibilität des Vertrags Möglichkeiten, von einem Frieden der Schwächung zu einem Frieden der Verständigung und der Kooperation auf europäischer Ebene zu gelangen. Abhängig war das jedoch nicht allein von der deutschen Seite, sondern es bedurfte auch der Kooperations- und Verständigungsbereitschaft der Siegermächte und ganz besonders Frankreichs. Dort blieb die Furcht vor Deutschland und einer neuen deutschen Bedrohung weit über 1919 hinaus Grundgegebenheit der Außenpolitik. Man kannte das militärische, ökonomische und nicht zuletzt demographische Potential des östlichen Nachbarn, und man wusste nur zu genau, dass der Versailler Vertrag dieses Potential nicht zerstört hatte. Vom „Waffenstillstand für 20 Jahre“ soll Marschall Foch gesprochen haben, und er stand damit nicht allein. „Der Frieden ist unterzeichnet. Jetzt muss der Krieg beendet werden“, war am 29. Juni 1919 auf der Titelseite der sozialistischen „L’Humanité“ zu lesen. Doch die Furcht vor Deutschland ins Konstruktive und Kooperative zu wenden, war in der französischen Gesellschaft nach den Erfahrungen des Krieges alles andere als einfach. Man musste dazu erst erkennen, dass eine Politik des Zwangs und der Konfrontation wie in der Ruhrbesetzung 1923 nicht mehr, sondern weniger Sicherheit schaffte, und es bedurfte dazu – wie schon 1919 in Paris – des wohlmeinenden Drucks anderer Mächte, allen voran Großbritanniens und der USA.

Beide Faktoren zusammen bewirkten nach der Krise von 1923 den Übergang zur Locarno-Politik, weil sich auch auf deutscher Seite die Politik der Konfrontation erschöpft und das Land im Jahr der Hyperinflation in die Katastrophe geführt hatte. Die traditionelle Sicherheitspolitik war an ihre Grenzen gelangt. Je stärker man Sicherheit vor allem mit militärischen Überle-

22 An Marianne Weber, 25.6.1919, in: Max Weber: Gesamtausgabe, Abt. 2: Briefe Bd. 10/2. Hrsg. von Gerd Krumeich und M. Rainer Lepsius. Tübingen 2012, S. 662.

gungen und Mitteln zu erreichen versuchte, desto größer wurde die Unsicherheit. Das führte zu neuen Formen und Instrumentarien internationaler Sicherheit, die zum Teil schon 1919 angelegt waren, nun aber entwickelt und zu einer „hybriden Sicherheitsordnung“ (Patrick Cohrs) ausgebaut wurden: von Institutionen kollektiver Sicherheit wie insbesondere dem Völkerbund, der bis zu Beginn der 1930er Jahre eine Blütephase erlebte, über multilaterale Garantieverträge (Locarno) bis hin zu den Bemühungen, die internationalen Finanzbeziehungen einschließlich der Reparations- und Kriegsschuldenfrage in ein europäisch-atlantisches Sicherheitssystem einzubeziehen.<sup>23</sup> Die Wiege dieses europäisch-atlantischen Sicherheitssystems stand in Versailles, auch wenn der amerikanische und der britische Garantievertrag für Frankreich, unterzeichnet mit dem Versailler Vertrag am 28. Juni 1919, nicht in Kraft traten.

Der Versailler Vertrag war das „Grundgesetz der deutschen Außenpolitik“ (Peter Krüger); er beherrschte und bestimmte die Entwicklung der Außenbeziehungen der Weimarer Republik, die bis zu ihrem Ende auf Versailles bezogen waren. Es blieb bis 1933 die Herausforderung deutscher Außenpolitik, nicht nur immer wieder neu ihr Verhältnis zu Versailles zu bestimmen, sondern auch in der Auseinandersetzung mit dem Vertrag und in seiner Fortentwicklung und Transformation deutsche Interessen zu verfolgen. Revision hieß die Überschrift, unter der diese Politik stattfand. Revisionspolitik war von 1919 an die Politik des Umgangs mit dem Versailler Vertrag. Die Mittel, Wege und Ziele der Revision standen im Zentrum des politischen Diskurses der Republik – und nicht nur des außenpolitischen.

Denn der Versailler Vertrag war nicht nur das außenpolitische Grundgesetz, sondern er wirkte schon in der Phase seiner Entstehung, also letztlich seit November 1918, auch auf die deutsche Innenpolitik ein. Nach der Novemberrevolution musste so schnell wie möglich ein funktionierender Staat mit handlungsfähiger Regierung entstehen, damit man die deutschen Interessen bei den zu erwartenden Friedensverhandlungen vertreten konnte. Das beschleunigte den Weg zu den Wahlen vom 19. Januar 1919 und zur Konstituierung der Verfassungsorgane.

Die Wirkung von Versailles auf die deutsche Gesellschaft war ambivalent. Auf der einen Seite fand die Republik in der Ablehnung des Vertrags und der Friedensbedingungen zu nationaler Geschlossenheit. Augusterlebnis und Burgfriedensmentalität wurden gleichsam in die Nachkriegszeit verlängert. Die Berliner Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Mai 1919 ließ das klar zutage treten, aber auch die vielen anderen Kundgebungen, die in den

23 Patrick Cohrs: *The Unfinished Peace after World War I. America, Britain and the Stabilisation of Europe 1919-1932*. Cambridge 2006; Peter Jackson: *Beyond the Balance of Power. France and the Politics of National Security in the Era of the First World War*, Cambridge u. a. 2013.

Tagen nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen am 7. Mai landauf, landab stattfanden. Aber Republik und Demokratie konnten von dieser negativen Geschlossenheit nicht profitieren, zumal der Konsens in der Ablehnung des Vertrags nur wenig später von einem scharfen Dissens über die Frage der Unterzeichnung überlagert wurde. Diese Polarisierung, greifbar in den dramatischen Junitagen 1919, wirkte desintegrierend; sie spiegelte nicht nur die Zerrissenheit der Weimarer Gesellschaft und ihrer politischen Kultur, sondern trug entscheidend zu ihr bei.<sup>24</sup>

Erst mit den Entwicklungen zwischen dem 7. Mai und dem 28. Juni, dem Tag der Vertragsunterzeichnung, wurde den Deutschen klar, dass sie den Krieg verloren hatten. Unter der Wucht dieser Hammerschläge endete nicht nur Ernst Troeltschs viel zitiertes „Traumland“,<sup>25</sup> sondern eine Realitätsverweigerung, die im Oktober 1918, in den Wochen des Waffenstillstandersuchens, begonnen und sich bis ins Frühjahr 1919 hinein fortgesetzt hatte; eine Selbsttäuschung, die durch die Vorstellung, im Felde unbesiegt geblieben zu sein, noch verstärkt wurde. Was blieb, war eine trotzige Opposition, die sich aber kaum noch auf das Kriegsende beziehen konnte, sich dafür aber umso stärker auf den Kriegsbeginn richtete. Die Deutschen mochten zwar den Krieg verloren haben, aber schuldhaft begonnen hatten sie ihn nicht.

Genau an diesem Punkt begann die sogenannte „Kriegsschuldfrage“ ihre politische Wirkung zu entfalten und sich weithin zur Kriegsunschuldslegende zu entwickeln, mit der zugleich das Kaiserreich und seine politische und militärische Führung historisch entlastet wurden. Das diskreditierte, gerade auch in den Augen des Auslands, den demokratischen Neubeginn und ließ Systemtransformation und Gesinnungswandel zweifelhaft erscheinen. Wer die Neutralität Belgiens verletzt und in Nordfrankreich einmarschiert war, der hatte keinen Verteidigungskrieg geführt, und je stärker die Deutschen auch in Versailles derartige Positionen zu vertreten schienen, zumindest in ihren schriftlichen Darlegungen, desto heftiger wurde die alliierte Reaktion darauf.<sup>26</sup> Das führte dazu, dass sich die Frage der Verantwortung für den Krieg immer mehr aus dem Reparationszusammenhang löste und sich politisch verselbständigte – mit einem Höhepunkt in der berühmten alliierten Mantelnote vom 16. Juni 1919, in der Deutschland nicht nur moralisch verurteilt wurde, sondern in der die deutsche Politik 1914 und die deutsche Kriegführung als kriminell gebrandmarkt wurden. Der Friedensvertrag sollte nicht, wie ursprünglich formuliert, die Wiedergutmachung für angerichteten Schaden festlegen, sondern, wie es nun hieß, ein Verbrechen bestrafen: „das

24 Vgl. Gerd Krumeich: Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Versailles 1919 (wie Anm. 15), S. 11-16, hier S. 11 f.

25 Ernst Troeltsch: Spectator-Briefe und Berliner Briefe 1919-1922. Hrsg. von Gangolf Hübing. Berlin 2015, S. 69.

26 S. hierzu Conze: Große Illusion (wie Anm. 2), S. 340-371.

größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker [...], welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation niemals mit Bewusstsein begangen hat“.<sup>27</sup>

### III.

Der Versailler Vertrag sei den Deutschen in einer doppelten Gestalt begegnet, hat Karl Dietrich Bracher einmal geäußert: als reale Belastung und als „psychologische, propagandafähige Potenz“.<sup>28</sup> Dass die Weimarer Republik sich nie stabilisieren konnte und in der Bevölkerung nicht die überlebensnotwendige Akzeptanz fand, lag nicht nur daran, dass der Versailler Vertrag mit seinen territorialen, ökonomischen und finanziellen Bestimmungen die junge Demokratie schwer belastete, sondern auch daran, dass die Ablehnung dieses Friedensvertrages wie eine Art zerstörerischer Minimalkonsens nahezu alle politischen Richtungen verband und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich, seinen Eliten und ihrer Verantwortung für den Ersten Weltkrieg verhinderte.

Die Empörung über das Friedensdiktat und insbesondere das Kriegsschuldverdict, die „Kriegsschuldlüge“, wie es bald hieß, stand einem kritischen, einem selbstkritischen Blick auf die Rolle Deutschlands und seiner politischen und militärischen Führung im Vorfeld und während des Weltkriegs im Wege. Ansätze dazu hatte es durchaus gegeben. So hatte der USPD-Politiker Karl Kautsky, der für den Rat der Volksbeauftragten als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt tätig war, im Winter 1918/19 aus den deutschen Regierungsakten einen Bericht verfasst, der auf die Mitverantwortung der deutschen Reichsleitung für den Kriegsbeginn 1914 hinwies.<sup>29</sup> Nach der Fertigstellung im Februar 1919 wurde Kautskys Ausarbeitung von der Reichsregierung zurückgehalten, weil man befürchtete, dadurch könne die deutsche Position in den Friedensverhandlungen geschwächt werden. Erst Monate nach Unterzeichnung des Versailler Vertrags erschien der Bericht, konnte aber angesichts der durch die Empörung über den Kriegsschuldartikel genährten Realitätsverweigerung keine Wirkung mehr entfalten.

Das Ende der Weimarer Republik, der Aufstieg und die Machtübernahme der Nationalsozialisten und schließlich der Zweite Weltkrieg haben nicht allein in Deutschland den Blick auf den Versailler Vertrag und die Friedens-

27 Die Mantelnote ist abgedruckt in Klaus Schwabe (Hrsg.): Quellen zum Friedensschluss von Versailles. Darmstadt 1997, S. 357-369, Zitat S. 358.

28 Zit. nach: Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles. München 2005, S. 107.

29 Karl Kautsky: Wie der Weltkrieg entstand: dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen Auswärtigen Amtes. Berlin 1919.

schlüsse von 1919 bestimmt und die Versailler Ordnung nachhaltig diskreditiert. Nicht nur die sich aus den Verträgen ergebende Entwicklung in Deutschland und Europa brachte man mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen in Verbindung, sondern auch das Vertragswerk selbst, das in diesem Licht kaum eine Chance auf eine unvoreingenommene Beurteilung hatte. Schon in den 1930er Jahren sahen sich die frühen Kritiker des Vertrags – unter ihnen besonders prominent der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes, der 1919 zur britischen Delegation gehört hatte<sup>30</sup> – durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten und Hitlers Außenpolitik der Gewalt in ihrer Kritik bestätigt. Noch 1983 meinte Robert Skidelsky, der Biograph des Ökonomen, dass Hitler wahrscheinlich nicht Reichskanzler geworden wäre, wenn man 1919 auf Keynes gehört und Deutschland einen vor allem wirtschaftlich milderen Frieden gewährt hätte.<sup>31</sup> Nicht wenige Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus reagierten zurückhaltend auf die aggressive deutsche Außenpolitik seit 1933, weil sie es für legitim hielten, dass Deutschland sich aus den „Ketten von Versailles“ befreite.

Die britische und französische Politik des Appeasement ist auch aus dieser Sicht und aus der Hoffnung zu erklären, ein moralisch rehabilitiertes Deutschland werde sich in friedenssichernde europäische Kommunikationsstrukturen und Kooperationsmechanismen einbinden lassen. Vom britischen „Trauma des Meaculpismus“ hat der deutsche Historiker Hans Rothfels einmal gesprochen.<sup>32</sup> Das lässt sich verbinden mit der Neubewertung des Kriegsbeginns 1914, für die der ehemalige britische Premierminister David Lloyd George 1933 das Stichwort lieferte, als er in seinen Kriegsmemoiren erklärte, Europa sei in den Krieg „hineingeschlittert“.<sup>33</sup> Das war weit entfernt von dem Kriegsschuldverdikt des Jahres 1919, entlastete vielmehr Deutschland und billigte damit die deutsche, auch die nationalsozialistische Revisionspolitik, die freilich von Anfang an keine Revisionspolitik war, sondern Expansions-, Gewalt- und Kriegspolitik.

Mit dem Zweiten Weltkrieg änderte sich zwar das Urteil über die deutsche Außenpolitik vor 1939, nicht aber das Bild der Versailler Ordnung. 1984, siebenzig Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, schrieb der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan in der „New York Times“, die „Rachsucht der britischen und französischen Friedensbedingungen“ habe dem Nationalsozialismus und einem weiteren Krieg den Weg be-

30 John Maynard Keynes: *The Economic Consequences of the Peace*. New York 1920 (dt.: *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags*. München/Leipzig 1920).

31 Robert Skidelsky: *John Maynard Keynes. Hopes Betrayed (1883-1920)*. London 1983, S. 399.

32 Hans Rothfels: *Fünfzig Jahre danach*. In: *Der Monat* 21 (1969), H. 246 (Sonderheft Versailles), S. 53-62, hier S. 54.

33 David Lloyd George: *War Memoirs Bd. 1*. London 1933, S. 32.

reitet. Der Zweite Weltkrieg sei das Ergebnis „des dummen und demütigenden Straffriedens“ gewesen, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt worden sei.<sup>34</sup> 1945 hatte der britische „Economist“ angesichts der Herausforderung, nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue europäische Ordnung zu schaffen, gemahnt: „Die unentbehrliche Sicherung einer Friedensordnung ist die Bereitschaft siegreicher Völker, sie aufrechtzuerhalten. An solcher Bereitschaft wird es fehlen, wenn der Vertrag Dinge einschließt, für die man nicht einstehen kann.“ 55 Jahre später, in ihrer Millenniumsausgabe 1999/2000, urteilte dieselbe Zeitschrift in einem Artikel über den Ersten Weltkrieg, das letzte Verbrechen in diesem verbrecherischen Krieg sei der Versailler Vertrag gewesen, dessen harte Bedingungen einen weiteren Krieg unausweichlich gemacht hätten.<sup>35</sup>

In Deutschland ließen das öffentliche und auch das geschichtswissenschaftliche Interesse am Versailler Vertrag und den anderen Pariser Vorortverträgen im Schatten des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts zwar nach, Versailles gewann aber nach 1945 Bedeutung als geschichts- und vergangenheitspolitisches Argument. Schon in den 1930er Jahren hatten viele Deutsche die große Zustimmung zum Nationalsozialismus, oftmals auch ihre eigene, mit dem Versailler Vertrag in Verbindung gebracht. Nun erklärte man weithin in apologetischer oder exkulpierender Absicht mit „Versailles“ nicht nur den Aufstieg Hitlers, sondern begründete auch, warum man diesen Aufstieg begrüßt hatte, warum man in die NSDAP eingetreten war, warum man sich in den Dienst des Regimes gestellt und in den unterschiedlichsten professionellen Kontexten seine Repressions- und Gewaltpolitik unterstützt hatte und warum man die Augen vor den Verbrechen des Regimes verschlossen hatte, wenn man nicht selbst an ihnen beteiligt gewesen war. Zugleich suchte man sich dadurch von der nationalsozialistischen Ideologie und insbesondere vom Antisemitismus zu distanzieren. Nicht aus ideologischen Gründen habe man sich dem Nationalsozialismus genähert und das Regime unterstützt, sondern weil man das Ziel teilte, den Vertrag von Versailles zu überwinden, und die nationalsozialistische Politik und die nationalsozialistischen „Erfolge“ als Schritte in diese Richtung begrüßte. Erst spät – zu spät – habe man die wahren Absichten Hitlers erkannt. So konnte man argumentieren, weil auch nach 1945 der Versailler Frieden diskreditiert blieb.

Das änderte sich erst in den 1960er Jahren, als Fritz Fischer die Politik des Kaiserreichs vor 1914 neu beleuchtete und den Weg in den Krieg nicht als Verkettung unglücklicher Umstände und Missverständnisse darstellte, sondern als Ergebnis einer planvollen Politik, die den Krieg wollte und suchte, um eine deutsche Hegemonie in Europa zu errichten und einen siegrei-

34 George F. Kennan: World War I; then II; then ... . In: New York Times, 11.11.1984.

35 The Economist, 11.8.1945 sowie 23.12.1999.

chen Krieg dafür zu nutzen, das Kaiserreich autoritär zu transformieren und dadurch die preußisch-deutschen Machteliten zu stabilisieren. Fischers Thesen lösten eine hitzige Debatte über die deutsche Kriegsschuld aus, von der auch die Bewertung des Versailler Vertrags nicht unberührt blieb. Denn wenn das Kaiserreich den Krieg gesucht und herbeigeführt hatte, musste dann nicht der Versailler Vertrag in einem anderen Licht erscheinen? Musste man ihn dann nicht stärker als zuvor als einen Versuch verstehen, einen neuen deutschen „Griff nach der Weltmacht“ zu verhindern und damit einen neuen Krieg?<sup>36</sup>

Fünzig Jahre nach Fritz Fischer hat Christopher Clark in seinem Buch „Die Schlafwandler“ ein Bild des Kriegsbeginns 1914 gezeichnet, das Fischers Thesen deutlich widerspricht. Die Frage nach der Verantwortung für den Krieg und erst recht die Frage nach der Kriegsschuld hält der australische Historiker für nicht weiterführend und problematisch, weil „ein schuldorientiertes Untersuchungsmodell oft mit Vorurteilen einhergeht“. Clark kehrt deshalb zurück zu einer Interpretation, die den Beginn des Ersten Weltkriegs als Systemversagen deutet, als Resultat von Veränderungen im internationalen System der europäischen Mächte und einer politischen Komplexität, mit der die handelnden Akteure in der Situation des Juli 1914 überfordert gewesen seien.<sup>37</sup>

Was bedeutet eine solche Bewertung, die sich wieder der Einschätzung von Lloyd George aus dem Jahr 1933 annähert, für unser Urteil über den Vertrag von Versailles? Folgte dem falschen Krieg der falsche Frieden? Tragen dann, zugespitzt formuliert, die Sieger des Weltkriegs, die Deutschland den Friedensvertrag aufzwingen, Verantwortung für die Dauerkrise der Weimarer Demokratie, ja womöglich sogar für den Aufstieg und die Machtübernahme des Nationalsozialismus?

#### IV.

Wer in der Gegenwart für ein neues deutsches Selbstbewusstsein wirbt, der macht nicht selten durch das gesamte 20. Jahrhundert hindurch ein Bestreben anderer Mächte aus, Deutschland in einer Position der Inferiorität zu halten; der erkennt in jedem Hinweis auf die autoritären Strukturen des Kaiserreichs, auf die Interessen seiner Machteliten und auf Deutschlands Rolle

36 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918. Düsseldorf 1961; ders.: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1965; ders.: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914. Düsseldorf 1969.

37 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013, S. 716.

im Vorfeld des Ersten Weltkriegs ein historisches Argument, das auf die Gegenwart zielt. Das Kaiserreich werde in ein schlechtes Licht gerückt, als autoritär und aggressiv charakterisiert, ihm werde noch hundert Jahre später die Kriegsschuld zugeschoben, um das Deutschland der Gegenwart davon abzuhalten, eine selbstbewusste, autonome Außenpolitik und seine legitimen Interessen in der Welt zu vertreten.

Auch in dieser Perspektive gewinnen der Versailler Vertrag und die Versailler Ordnung Gegenwartsbedeutung. Analytisch freilich führt es kaum weiter, den Versailler Vertrag als falschen Frieden zu bezeichnen und ihn ausschließlich in ein Narrativ der Eindämmung und Kontrolle Deutschlands zu integrieren, das über die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg bis ins 21. Jahrhundert reicht. Das wird der Komplexität des Friedensschlusses und seinen unterschiedlichen Dimensionen nicht gerecht.

Versailles ist uns seit dem Ende des Kalten Krieges wieder näher gerückt. Nicht nur in Europa, aber doch auch hier gefährden Dynamiken der Renationalisierung jene multilaterale internationale Ordnung, die sich nach 1945 auch als Antwort auf das Scheitern der Versailler Ordnung herausgebildet hatte. Das gilt auch für die Gemeinsamkeit innerhalb der Europäischen Union, und das meint nicht nur den „Brexit“. Mit Tarnvokabeln wie „Selbstbewusstsein“ und „nationales Interesse“ kommt diese Renationalisierung oftmals daher – auch in der deutschen Politik. Ein neo-nationales Europa, das dem der 1920er und 1930er Jahre ähnelt, von Konflikten, Rivalitäten und zum Teil aggressiven Unilateralismen geprägt, ist keine Schreckensvorstellung mehr, sondern politische Realität. Und von außerhalb Europas wird der neue Unilateralismus noch verstärkt.

Der Wiederaufstieg von Nationalismus, Populismus und Autoritarismus in Europa und der Welt, der sich mit Namen wie Putin, Erdoğan, Orbán oder Trump verbindet, weckt Erinnerungen an die Jahre nach 1919. Damals stellten ein nicht verarbeiteter Krieg, ein ungewollter Frieden und – auch in deren Folge – eine tiefe wirtschaftliche Krise die liberale Demokratie in Frage, und in vielen Ländern gelangten autoritäre Regierungen an die Macht. Die Vorstellung, ja die Hoffnung auf eine stabile und als legitim akzeptierte internationale Ordnung, in der Sieger und Besiegte gleichermaßen friedlich und frei leben sollten, sie blieb nach dem Ersten Weltkrieg eine kurzlebige Illusion.